

Schwarz-Grün gegen Sozialtarif für Strom

Nur SPD für den Antrag der Linken

Wer sich in Wedel für soziale Forderungen engagiert, trifft auf den Widerstand der neuen schwarz-grünen Koalition. Das zeigte sich erneut in der Ablehnung eines Antrags der Fraktion Die Linke im Sozialausschuss, der den Bürgermeister aufforderte, sich in den Gremien der Stadtwerke für die Einführung eines Sozialtarifs für Strom einzusetzen. In der Ratsversammlung hatte die Fraktionsvorsitzende Astrid Sawatzky zur Begründung die Stadt Barmstedt angeführt, die einen Strom-Sozialtarif für etwa 250 Haushalte eingeführt hat. Ihnen wurde der Grundpreis von 50 Euro im Jahr komplett erlassen. Jede Person im Haushalt erhält in Barmstedt jährlich 250 Kilowattstunden frei. In den Genuss dieses Tarifs kommen die Inhaber des „Stadtpass Barmstedt“. Ähnliche Beschlüsse gibt es in Regensburg und Köln, wies Astrid Sawatzky nach.

Der Antrag der Fraktion „Die Linken Bündnis“ traf bereits in der Ratsversammlung auf massiven Widerstand der CDU, die von Frau Dr. Wilms (Grüne) und Waldemar Herrmann (FDP) unterstützt wurde. Lediglich die SPD-Fraktion zeigte Verständnis für den Antrag, verwies ihn schuss, der eine mehrheitsfähige Vorlage erarbeiten solle.



Fraktion der Linken

Knut Persson, Astrid Sawatzky und Stefan Krüger

Zu dieser Vorlage kam es jedoch nicht, weil sich die Fronten weiter verhärtet hatten. So wurde der von der SPD ergänzte Antrag der Linken mit 7 zu 4 Stimmen glatt abgebugelt.

Das Argument der CDU: Mit einer Subventionierung von Strom würden nur Stromfresser unterstützt. Der Ausschuss für Soziales sei daher nicht zuständig, lediglich der Klimaschutzfond. Michael Köhn (Grüne) argumentierte in die selbe Richtung. Schon die Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Wilms hatte in der Ratsversammlung erklärt, der Barmstedter Beschluss sei schlecht. Ihr Kollege Köhn betonte im Sozialaus-

schuss: Wichtig ist allein, die Umwelt zu schonen. Wenn etwas subventioniert werden sollte, dann nur bei Beratung und Anschaffung Strom sparender Geräte. Auch Gudrun Nagel (FDP) wurde von sozialen Einwänden nicht erreicht: Kein Sponsern der Klimafresser.

Versuche, von Dr. Bakan (SPD), vor einer Ablehnung erst einmal die Zahl von möglichen Bedürftigen festzustellen und vielleicht auf die Zahl der Anspruchsberechtigten bei der Tafel einzugrenzen, prallten an der geschlossenen Front der Gegner eines Sozialtarifs ab. Erst recht die Ausführungen von Astrid Sawatzky, die darauf hinwies, dass es darauf ankommt, mit der Einführung des Sozialtarifs jenen Menschen zu helfen, die durch die laufenden Strompreiserhöhungen noch weniger finanziellen Spiel-

Fortsetzung S.2



Gudrun Nagel (FDP) „dagegen“

Schwarz-Grün gegen Sozialtarif für...

Fortsetzung von S.1

raum für ihre Existenzsicherung haben. Zwei Strompreiserhöhungen innerhalb eines halben Jahres bedeuteten eine unzumutbare soziale Härte. Auf diese Argumentation wollten die Sozialtarif-Gegner nicht eingehen. Auch die Konfrontation mit der gängigen Praxis, dass Gewerbebetrieben Sondertarife zugestanden werden, ließ die Fraktionsmitglieder von CDU, Grünen und FDP kalt. „Die Stadtwerke geben doch den Betrieben keinen Strom unterhalb der Gestehungskosten ab“, argumentierte die Vertreterin der Linken durchaus logisch. Gebetsmühlenartig wiederholten die Sozialtarif-Gegner ihre Argumente und hoben hervor, man dürfe die Stadtwerke nicht daran hindern, Gewinne zu machen, denn diese würden doch auch der Stadt Wedel zugute kommen.

Dabei ist die Stadt Wedel viel reicher als die Stadt Barmstedt. Wedel verzeichnet im Jahre 2009 einen Rekord an Gewerbesteuererträgen in Höhe von 31 Millionen Euro. Selbst wenn man eine Deckungslücke beim „Spaßbad“ von 2,8 Millionen Euro im Jahr berücksichtigt, die von der letzten Ratsmehrheit zu verantworten ist, bleibt der Stadt ein dickes Polster, um das Wedel andere Städte beneiden.

Aber die schwarz-grüne Koalition hatte ja auch schon die Einführung eines Sozialtarifs bei den Eintrittspreisen für die Badebucht abgelehnt. Die Argumente, die auch von Bürgermeister Niels Schmidt in der Öffentlichkeit vorgetragen werden, sind alles andere als originell:

Die Jugendlichen haben alle ein Handy und gehen ins Kino. Dann könnten sie auch die hohen Eintrittspreise des Spaßbades bezahlen.

So wird zu allen Zeiten argumentiert, wenn es gilt, Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit abzulehnen.

Ist die Linke mit ihrem Antrag auch gescheitert: Die einmal in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückte Forderung bleibt auf der Tagesordnung, besonders in einer Zeit wachsender sozialer Probleme. Die Linke wird ganz sicher weiter für ihre Forderungen kämpfen. Und auch außerhalb des Rathauses werden die Stimmen lauter werden, die für ein Umdenken in zentralen sozialen Fragen eintreten.

Sarraziner Warmduscher

Kar.: Paolo Calleri



Der Berliner Finanzsenator und Gegner von Sozialtarifen für Heizung und Strom, Thilo Sarrazin (SPD), stößt mit seinem Vorschlag an einkommensschwache Menschen, mithilfe von dicken Pullovern Energiekosten einzusparen auch bei seinen Parteikollegen auf Verständnis und Kritik.

Wi.

DKP tritt zu den EU-Wahlen an

Eigenkandidatur bedeutet keine Abkehr von Bündnispolitik

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wird mit einer eigenen Bundesliste zu den im Juni stattfindenden EU-Parlamentswahlen antreten. Dieser Beschluss wurde am 10. Januar auf einer Bundeswahlkonferenz der DKP in Berlin gefasst.

Gewählt wurde eine Bundesliste mit dem langjährigen Siemens-Betriebsrat Leo Mayer (München) und der Essener DKP-Kreisvorsitzenden Karin Schnittker an der Spitze.

Die Schleswig-Holsteiner Bezirksvorsitzende Bettina Jürgensen (Kiel) kandidiert an dritter Stelle, gefolgt von dem Bottroper DKP-Stadtrat Michael Gerber. Unter den weit über die Reihen der DKP hinaus bekannten Kandidaten befindet sich u.a. der marxistische Soziologe Prof. Georg Fülberth (Marburg).

Um die Frage der Eigenkandidatur wurde in der DKP lange diskutiert. Einige GenossInnen befürchteten, dass es im Bündnis-Umfeld zu Irritationen kommen

könnte, insbesondere dort, wie in Wedel, wo die DKP mit der Partei Die Linke auf kommunaler Ebene zusammen arbeitet. Nach Abwägung aller Argumente entschied sich die Bundeswahlkonferenz trotzdem für eine DKP-Kandidatur. Dabei wurde berücksichtigt, dass das Wahlgesetz keine Bündnisliste vorsieht.

Die Partei Die Linke hatte außerdem schon im Vorfeld erklärt, sie werde kein Mitglied einer anderen Partei auf ihre Kandidatenliste setzen.

In Wedel wurde schon im Vorfeld offen im Bündnis über die Möglichkeit einer DKP-Kandidatur gesprochen. Dabei wurde von beiden Parteien der Wille betont, sich auf kommunaler Wedeler Ebene nicht teilen zu lassen und sich auch in der Zukunft auf gemeinsame Positionen zu verständigen. Vertreter der Partei Die Linke in Wedel begrüßten sogar ausdrücklich, dass die DKP auf ihrer Wahlkonferenz die Realität der Europäischen Union anerkennt und nicht – wie eine Min-

derheit in der Partei wollte – die Losung „Raus aus Europa“ propagiert. Welche Forderungen im Wahlkampf gemeinsam vertreten werden und wo es Unterschiede in Schwerpunkten und Bewertungen gibt, das werde sich im Konkreten zeigen, so wurde in Wedel betont. Ein Nebeneinander im Europawahlkampf werde nicht zum Gegeneinander führen. Gemeinsam bleibe das Bestreben, für ein Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit einzutreten.

Die DKP werde ihren Erfolg bei den EU-Wahlen nicht allein an den gewonnenen Stimmen messen sondern auch am Zuwachs an Mitgliedern und Abonnenten für die DKP-Zeitung UZ. Der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr betonte außerdem:

„Die DKP versteht sich als Kraft, deren Ziel der Bruch mit den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen und die Öffnung des Weges für eine sozialistisch-kommunistische Zukunft ist.“
G.W.

Wer stoppt die „Kaputtbesitzer?“

Skandalöse Zustände in der Siedlung Elbhochufer

In den Medien dreht sich, wenn von Wedels komfortabler Lage an der Elbe die Rede ist, alles um die „maritime Meile“. Wedel soll sich von der Elbe her „herausputzen“, wie Bürgermeister Niels Schmidt erst unlängst beim „Stammtisch“ des DGB-Ortsverbands äußerte. Sich dafür einzusetzen, sei sinnvoll.

Wir wollen an dieser Stelle nicht mit dem Bürgermeister in die „Schicki –Micki -Diskussion“ eintreten, sondern einen Blick hinter die Kulisse der angedachten Luxusfront werfen: auf die einst als Vorzeigeobjekt Wedels errichtete „Gartenstadt Elbhochufer“, in der vor viele Menschen leben, die nicht gerade von der Sonne beschienen sind: Menschen mit Migrationshintergrund, Geringverdienende, Arbeitslose, Hartz-IV -Empfänger, allein erziehende Mütter oder Väter, kinderreiche Familien, denen eigentlich vom sozialen Standpunkt aus der besondere Schutz der Gesellschaft gelten sollte.

Bei einem Rundgang durch die Siedlung, an dem Vertreter der DKP Wedel und ein Ratsmitglied der Partei Die Linke teilnahm, enthüllte sich folgendes Bild: Neben vielen Wohnblocks, die von ihrer Besitzerin renoviert wurden und allein schon dadurch äußerlich einen ansehnlichen Eindruck machen, gibt es in der Pulverstraße und im Hellgrund Häuser, die regelrecht verfallen. Die Außenmauern zeigen deutliche

Risse. Es fehlen Außenplatten oder sie weisen Schäden auf. Auch die Treppenhäuser und Außenanlagen sind in einem derart schlechten Zustand, dass von menschenwürdigem Wohnen hier nicht mehr gesprochen werden kann. Beim DGB-Stammtisch berichtete ein Mieter von Schimmelbefall in seiner Wohnung, sicherlich nicht zuletzt wegen des erbärmlichen Zustands der Außenwände.

Dieser Mieter bestätigte unseren erschütternden Eindruck.

Dabei sind die Wohnungen beileibe nicht günstig. Für eine 50-Quadratmeter-Wohnung wird für eine solche Wohnung eine Miete von 600 € verlangt. Hinzu kommen noch hohe Stromkosten, da die Warmwasserversorgung nur durch Boiler gewährleistet wird.

Beim DGB-Stammtisch wurde Bürgermeister Niels Schmidt aufgefordert, diese „Kaputtbesitzer“ auf umgehende und weitreichende Sanierung der Häuser zu drängen. Diese

Darf vom Eigentümer, der den Verfall zu verantworten hat, allerdings nicht auf dem Rücken der Mieter erfolgen. Rolf Warncke, Ehrenvorsitzender des Mietervereins Wedel, regte in der Diskussion zurecht den Erlass eines Erhaltungsgebots durch die Stadt an. Nur so könnten die Vermieter so unter Druck gesetzt werden, dass sie endlich für die Sanierung ihrer Wohnobjekte

sorgen.

Bürgermeister Niels Schmidt war schon vor einigen Jahren auf den unhaltbaren Zustand aufmerksam gemacht worden. Damals wie heute beklagte er die uneinsichtige Haltung einiger Vermieter, die er „Miethaie“ nannte. Sogar Namen wurden genannt, Schirmer, Thormählen und eine N.I.M. Verwaltungs- und Entwicklungsgesellschaft in Hamburg, die wegen ihrer unsozialen Einstellung von den Mietern nur kurz „Nimm“ genannt wird. Jede Bemühung der Stadt, die Zustände zum Besseren zu verändern, würden von der Gegenseite blockiert. Die Vermieter ließen eine „Armada“ von Anwälten aufmarschieren, um notwendige Investitionen möglichst nicht vornehmen zu müssen. Schmidt versprach den Mietern der betroffenen Häuser, trotzdem nicht nachzulassen.

DKP und die mit ihr verbündete Fraktion der Partei Die Linke in der Ratsversammlung werden die Begehung im Elbhochufer auswerten und in die parlamentarischen Gremien tragen. Der Fokus des öffentlichen Interesses im Elbhochufer muss sich auf die soziale Situation richten. Es darf nicht sein, wie es in der Dreigroschen-Oper von Bert Brecht heißt:

„Und die einen sind im Dunkeln und die anderen sind im Licht. Und man sieht nur die im Licht, die im Dunkeln sieht man nicht.“
Jens Wilke



Hellgrund - Häuser: Der „Lack“ ist ab, die Fassade bröckelt, auch die von Kaputtbesitzer „Nimm“.

Blick zurück nach vorn

B431 - 50 Jahre Umgehung der Umgehung - Wedel kreißte und gebar eine Spange

Der alte Ochsenweg ist mit den Jahren unter die Räder gekommen. Wie jeder mann weiß, unter viel zu viele. Noch vor hundert Jahren teilten sich Ochsenkarren und Pferdefuhrwerke die Trasse mit spielenden Kindern und Leuten, die die Pferdeäppel aufgelesen haben. Das Leben auf der Straße war interessant, die Häusergiebel wurden mit einem erkerartigen Vorbau versehen, damit man vom Wohnzimmer die Straße rauf und runter im Blick hatte. Das Reep-schlägerhaus ist das letzte Beispiel dieser Hausart in Wedel.

Motorisierter Kraftverkehr kam in den zwanziger Jahren auf und eskalierte nach dem zweiten Weltkrieg. Auf der ehemals idyllischen Lebensader drängen sich heute 20.000 Fahrzeuge, darunter 1000 LKW und machen den Anwohnern das Leben zur Qual.

In den **fünfundzwanziger Jahren** begann man im Wedeler Rathaus mit Planungen für eine Verlagerung des Verkehrs. Die Umgehung sollte im Norden an der Stadt vorbeiführen und auf dem Egenbütteler Weg durch den Klövensteen Hamburg erreichen. Die Planungen wurden torpediert von Rissener und Wedeler Großgrundbesitzern. (U.a. Fam. Peter Frankenfeld, die 1954 30000m² Grund am Schulauer Moorweg für zwei DM per Quadratmeter gekauft hatte und auf Rissener Seite von betuchten Grundbesitzern. Die Pläne waren zudem schlecht abgesprochen mit der Hamburger Behördenseite.

In den **sechziger Jahren** entstanden in Absprache mit Hamburg Pläne einer Wedeler Nordumgehung und sie wurde u.a. im Flächennutzungsplan von 1967 fixiert. Die B431 sollte durch die Rissener Brünschenwiesen die Wedeler Industriestraße erreichen, dann die S-

Bahn in Höhe der Öl-Weiche queren und im Autil an der S-Bahn entlang bis zur Straße Autil geführt werden um dann hinter Jüttemeier und Körner die Pinneberger Straße zu kreuzen und über die Baumschulgebiete nördlich in Höhe des Krankenhauses auf der alten B431 Trasse zu enden.

Die Pläne wurden mehrfach geändert, Die Möglichkeiten für eine Nordumgehung dadurch nicht besser.

In den **siebziger Jahren** spitzten sich die Dinge zu. Die SPD favorisierte die Südumgehung der Altstadt. CDU und FDP genehmigten heikle Bebauung an der Geestkante am Bürgerpark entlang der geplanten Trasse. Die Käufer und Bauherren - z.B. CDU-Ratsherr Fahrenkrug - wussten um die Planungen und wurden zu scharfen Gegnern der Südumgehung. Sie verschafften sich einen „unverbaubaren“ Blick auf die Marsch und versteckten ihr persönliches Interesse hinter einem allgemeinen Interesse am Schutz der Natur. Sie stellten einen Drachen in die Marsch vor der Batavia um deutlich zu machen, dass die Südumgehung die Marsch zerstört. Dennoch gab es Ende der siebziger Jahre einen gemeinsamen Ratsbeschluss von SPD und CDU für die Südumgehung. Die Planungen wurden soweit vorangetrieben, dass sie im Bundesfernstraßenplan unter „Vordringlich“ aufgenommen wurden.

In den **achtziger und neunziger Jahren** wurde die Südumgehung sturmreif geschossen durch die Herren und Damen von Geesthang und der Geestkante am Bürgerpark. Karnstädt (FDP) und die Tochter von Fahrenkrug mit ihrem Freund Dr. Melzer und Hellmeyer wollen hier genannt werden. Aber auch Breckwoldt (CDU) und Koschorrek

(FDP) neben einigen anderen sollen nicht vergessen werden. Das Sturmgeschütz Dr. Melzer gab als Adresse regelmäßig sein Büro am Birkenweg an, dadurch merkte keiner, dass er - wie man in der Altstadt erzählt - am Bürgerpark bei Fahrenkrug wohnte.

Als die Südumgehung in der Ratsversammlung gekippt wurde, sprach Melzer in der Pause mit dem Fraktionsvorsitzenden Meier (CDU). Meier zählte unmittelbar nach Wiederaufnahme der Sitzung in aller Öffentlichkeit sein Geld. Ein Schelm wer Arges dabei denkt.

Machst du mein Spiel kaputt, dann spuck ich dir in die Suppe. So dachte man wohl bei der SPD. Als sie nach Kommunalwahlen die Mehrheit stellten, genehmigten sie Bauanträge für die Bebauung von Grundstücken, die für die Nordumfahrung der Altstadt und die Nordumgehung gebraucht wurden, und zwar hinter Jüttemeier und Körner, parallel zur Pinneberger Straße. Jetzt soll die Verlegung der B431 ein Stück auf der Pinneberger Straße plaziert werden (zwischen „Breiter Weg“ und „Voßhörntwiete“).

Bei der jüngsten Kommunalwahl gelang es M. Eichhorn (SPD) in diesem Wahlkreis gegen Kissig (CDU) zu gewinnen. Sein stechendes Argument: Mit der CDU kriegt ihr die B431 vor die Nase. Die Südumgehung ist perdu, die Nordumfahrung soll kommen.

Und zwar als eine „Spange“ genannte neue Straße die Voßhörntwiete entlang zum Krankenhaus und dann auf den bestehenden Straßen, der Pinneberger Straße und Autil zur Rissener Straße. Und die Nordumgehung?

2003 trafen sich Vertreter der seinerzeit im Hamburger Rathaus bestimmenden Parteien von CDU und Schill-Partei mit dem Wedeler Planungsausschussvorsitzenden P. Meier (CDU). Es ging um die Weiterführung der B431 vom „Rissener Canyon“ durch die Brünschenwiesen bis zur Industriestraße und Rissener Straße. Im Hamburger Abendblatt war zu lesen: „Sowohl die Hamburger als auch Meier sprachen sich dafür aus, dieses Projekt voranzutreiben, so dass es in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird.“ So ist es auch geschehen. Am 13. Januar 2009 trafen sich die Planungsausschüsse der Stadt Wedel



Verlegung der B431
in Wedel (SH7011)

Das Gute und das gut Gemeinte

Verkehrskonzepte für Wedel sollten Vorgaben genügen, die allen auferlegt sind. Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf gleiche Behandlung, niemand darf benachteiligt werden wegen seiner Herkunft, so fordert es das Grundgesetz. Die Wirklichkeit steht im Widerspruch dazu. An der Bundesstraße sehen die Lebensbedingungen der Anwohner deutlich schlechter aus als an der Gutenbergstraße oder am Fasanenweg. Ein Panzerbataillon mit 24 Leopard II Panzern (60 Tonnen/Stück), oder täglich 1000 LKW und 20000 Fahrzeuge haben wir weder in der Blöcktwiete noch in der Gutenbergstr. je gesehen. An der Bundesstraße B431 ist das Eine - die Panzer - das Besondere, und das Andere das Alltägliche. Was durch Abgase, Emissionen, Unfälle, Lärm und Erschütterungen den Anwohnern, Schülern und den Nutzern der Straße zugemutet wird, dafür fehlt es an Buchführung der öffentlichen Hand und Verständnis bei den Betroffenen.

Gut gemeint: Nordumfahrung

Mit der realisierten Nordumfahrung hätte die Stadt einen Schritt zur Entschärfung der Widersprüche getan. Sie würde sich damit ihren eigenen alten Zielen (formuliert in „Städtebaulicher Rahmenplan 1982 für die Altstadt“) nähern. „...Basis für einen dauerhaften Gesundheitsprozeß ist



dabei eine möglichst weitgehende Verkehrsberuhigung...“ Der „...Herausnahme des Durchgangsverkehrs und wesentlicher Teile des Binnenverkehrs..kommt dabei..wesentliche Bedeutung zu.“

Die Planer erwarten als positiven Effekt eine Verminderung des Verkehr von täglich 21000 Fahrzeugen auf 5-6000.

Was die Stadt für die Altstadt vernünftiges plant, gönnt sie den Bewohnern der Rissener Straße und der Wedeler Landstraße auf Rissener Seite nicht und schafft an der Pinneberger Str. und am Schlödelsweg neuen unzumutbaren Verkehr. Sie vermeidet die Auseinandersetzung mit der Nordumfahrung und betreibt das Begräbnis gemeinsamer Planungen mit Hamburg (Im Bundesverkehrswegeplan finden wir die Rissener und Wedeler Umgehung unter der gleichen Nr. SH7011). Sie machte einen richtigen Schritt und zwei falsche. Es ist ein gut gemeinter Plan, der für Wedel das Gegenteil von gut ist.

Vernünftig wäre es, das Problem im Ganzen optimal zu lösen.

Die Bewohner entlang der B431 entlasten, ohne andere Gebiete und ihre Anwohner zu belasten. Maximal viel Binnen- und Durchgangsverkehr aus den Wohn-

gebieten nehmen und durch die neue Trasse so wenig wie möglich Bürger tangieren.

Gut : Nordumgehung

Eine größtmögliche Entlastung und Akzeptanz der Wedeler gibt es nur durch eine Nordumgehung, die am Ortseingang /Ölweiche beginnt, dort die S-Bahn quert, am neuen S-Bahnhof bei Famila vorbei und durch das Autorial zum alten Friedhof geführt wird. Hinter dem Friedhof verläuft die Trasse über die Tennisplätze, an Marienhof und Schlödelsweg vorbei im Bogen zur Pinneberger Str. und in der Verlängerung durch unbebautes Gebiet zur Holmer Straße.

Die Tennisplätze können verlagert werden, der alte Friedhof wird geteilt, des weiteren sollte die Trassen in so weitem Abstand wie möglich am Hausbestand vorbeiführen. Die Menschen sollten Vorrang haben vor Aspekten der Natur und nicht umgekehrt.

Die Rissener Str. würde entlastet und - wenn auch der neue S-Bahnhof bei Famila „steht“- auch am Wochenende sozial befriedet, und die Stadt bräuchte keine privaten Sheriff's bezahlen.

H.Ch.

Fortsetzung von S.4

und der Bezirksversammlung Altona zu einer gemeinsamen Sitzung im Wedeler Rathaus. Dort trat Bürgermeister Niels Schmidt mit einer Bitte an die Hamburger Gäste heran.

Er fragte sinngemäß: Können Sie nicht dafür sorgen, dass die Hamburger Pläne der Verlagerung der B431 durch die Brünschen nach Wedel gestoppt werden? Wedel möchte dem Kaufinteresse Wedeler Betriebe nachkommen, sei aber gehalten, die gewünschten Flächen für eine Verlagerung der Bundesstraße vorzuhalten.

Der Altonaer Bauamtsleiter antwortete

ihm: a) Das ist Sache von Senat und Bürgerschaft.

b) Es gibt zwei rechtskräftige Bebauungspläne zu der Verlagerung, und sie ist im Bundesverkehrswegeplan festgeschrieben. c) Die Verlagerung muss realisiert werden, sonst droht dem Land Hamburg eine Forderung d e s Bundes auf Rückzahlung von Geldern. Gelder, die der Bund beim Ausbau des Rissener Canyons gezahlt hat, die aber gebunden sind an die Verlagerung bis zur Landesgrenze.

H.Ch.Brüggemann



ARGE muss in Wedel bleiben

Verlagerung nach Uetersen sorgt für Empörung

Anfang November vergangenen Jahres erregte die Nachricht für Aufsehen, dass die Arbeitsagentur in Elmshorn die Absicht habe, die Zweigstelle in der Wedel ganz oder teilweise nach Uetersen zu verlagern. In der Ratssitzung am 27. November bestätigte Bürgermeister Niels Schmidt auf Anfrage der Arbeitslosen-Selbsthilfe e.V., ebenfalls von solchen Gerüchten gehört zu haben. Offiziell wisse er jedoch nichts. Der Leiter der ARGE, Kennemich, habe ihm zwar bestätigt, dass es solche Überlegungen gegeben habe, weil die Zahl der betroffenen Personen rückläufig sei. Dazu gebe es Vorgaben aus Nürnberg. Die ARGE werde aber, wenn eine Schließung in Betracht käme, rechtzeitig mit der Verwaltung in Kontakt treten.

Bürgermeister Schmidt betonte vor der Ratssitzung, er könne sich nicht vorstellen, dass es zu einer gänzlichen Schließung kommen werde.

Ende Dezember, als in der Öffentlichkeit über düstere Prognosen für den Arbeitsmarkt berichtet wurde, erschien in der örtlichen Presse die Meldung, die Pläne ei-

ner Schließung seien vom Tisch.

Kaum hatte sich die Empörung unter den Betroffenen etwas gelegt, taucht die Meldung wieder auf, die Arbeitsagentur hätte die Pläne einer Schließung der Wedeler Dienststelle bestünden weiter. Die ARGE wolle ihre Wedeler „Kunden“ von Uetersen aus „betreuen“.

Und das, obwohl jeder im Lande zur Kenntnis genommen hat, dass wegen der begonnenen Wirtschaftskrise mit einer rasant ansteigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Wedels Bürgermeister Niels Schmidt versicherten den Mitgliedern des Wedeler DGB, er werde in persönlichen Gesprächen die Bedenken der Stadt gegen eine Schließung der ARGE-Dienststelle vortragen. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt seien allerdings bei einer Bundesbehörde relativ gering. Das habe sich auch schon bei Post und Bahn gezeigt. Schmidt pflichtete sowohl dem DGB-Ortsverbands-Vorsitzenden Peter Albrecht als auch Hans-Günter Werner von der Arbeitslosen-Selbsthilfe sowie aufgebracht Teilnehmern am DGB-Stammtisch bei, dass eine

Verlagerung der Dienststelle nach Uetersen für alle Betroffenen unzumutbare Belastungen zeitlicher und finanzieller Natur zur Folge haben werde.

Knut Persson, Ratsmitglied des Bündnisses Die Linke in Wedel kündigte erneut an, in der Ratsversammlung eine Entschließung gegen die Pläne der Bundesagentur einzubringen

In Wedel gab es im vergangenen Jahr bei 32.000 Einwohnern rund 7 Prozent, in Uetersen bei 18.000 Einwohnern 5,4 Prozent Arbeitslose.

„Es gibt keinen Zweifel: Die Dienststelle der ARGE muss in Wedel bleiben. Man darf nicht auf dem Buckel der Kolleginnen und Kollegen Rationalisierungsmaßnahmen vornehmen. Dass immer mehr Menschen durch die kapitalistische Krise überhaupt arbeitslos werden, ist schon schlimm genug.“

Pastor Hans-Günter Werner von der Arbeitslosen-Selbsthilfe, der auch dem örtlichen DGB-Vorstand angehört, will während der Montags-Demos vor dem Rathaus Proteste gegen die ARGE-Pläne anregen.



Glückwunsch den Mölleranern

Streikergebnis zeigt: Auch in Krisenzeiten kann man erfolgreich kämpfen

Herausragendes Ereignis des Jahres 2008 in Wedel war der erfolgreiche Streik der Belegschaft von Möller Wedel um einen Anerkennungstarifvertrag zwischen Firmenleitung und IG Metall. Drei Wochen lang dauerte der Kampf der Mölleraner, dann wurden ihre Forderungen erfüllt. Die Firmenleitung erkennt nunmehr alle Tarifverträge an, die zwischen Nordmetall und der IG Metall Küste abgeschlossen wurden. Vom Tisch sind auch die Versuche der in der Schweiz beheimateten Haag-Streit-Gruppe, die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne entsprechenden Lohnausgleich auszudehnen.

Im Jahre 2006 war Möller Wedel aus dem Unternehmerverband ausgetreten und hatte sich fortan geweigert, die Tarifverträge anzuerkennen. Nachdem alle Versuche des Betriebsrats gescheitert waren, die Firmenleitung zum Einlenken zu bewegen, entschieden sich die Mölleraner in einer Urabstimmung mit 93 Prozent für Streik. Drei Wochen lang wurde in eindrucksvoller Manier in großer Geschlossenheit gekämpft, unterstützt von einer immer größer werdenden Solidaritätsgemeinschaft. „Alles, was wir erreichen wollten, haben wir erreicht. Ich bin stolz auf meine Kolleginnen und Kollegen“, sagte in bewegten Worten Betriebsratsvorsitzender Ludwig Dieckmann auf der Abschlusskundgebung vor dem Werkktor. Die Firmenleitung hatte alles unternommen, um die Streikfront zu zerbrechen. Sie warb Streikbrecher an, die für jeden Arbeitstag während des Streiks 50 Euro Judaslohn erhielten. Sie drohte mit Betriebsverlagerungen ins Ausland, sie



maßte sich sogar an, zum Austritt aus der IG Metall aufzufordern. Alle diese Bemühungen scheiterten. Wütend sprach Martin Schmidt, Geschäftsführer von Möller Wedel von einer Erpressung durch die IG Metall. Es sei allerdings eine „le-

Bild unten links: Mölleraner fanden nach erfolgreichem Streik Zeit für den Bürgermeister. Vorher hatte er sich leider nicht blicken lassen.

gale Erpressung“ gewesen.

In der letzten Ausgabe von „Streik-Info – Aktuell“ bedankte sich Ludwig Dieckmann für die große Solidarität, die seinen Kolleginnen und Kollegen zuteil geworden war. Dieckmann: „Diese bunte und vielfältige Solidarität hat uns in unserem Kampf für den Anerkennungstarifvertrag und gegen die Tariffucht, aber auch in der Auseinandersetzung um unsere Zukunft in Wedel mit „Besser statt billiger“ stark gemacht. Eure Solidarität war praktisch mit Solidaritätsresolutionen, warmem Händedruck und Unterstützung am Streikposten. Ihr habt uns erwärmt mit Holzspenden für die Streikfeuer und aufmunternden Gesprächen und Reden auf unseren Streikversammlungen.... Dass wir nach drei Wochen erfolgreich sein konnten, verdanken wir auch euch allen.“ Die Mitglieder der DKP-Gruppe Wedel nahmen durchgehend an den Solidaritätsaktionen teil. Dafür bedankte sich zum Beispiel ein Mitglied der Streikleitung auf der Jahresabschlussfeier der DKP-Gruppe Wedel. In einer amerikanischen Versteigerung, für die eine parteilose Malerin Bilder zur Verfügung gestellt hatte, kamen 160 Euro für die Streikkasse zusammen.

Einer der ersten, die sich zum Streikerfolg der Möller-Belegschaft äußerte, war der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr. Er betonte, das Beispiel Möller zeige, dass man auch in Krisenzeiten erfolgreich kämpfen kann.

Heinz Stehr hatte gemeinsam mit seiner Frau während des Streiks an einer Solidaritätskundgebung teilgenommen.



Warum Die Linke den Etat 2009 ablehnte

Aus der Haushaltsrede von Knut Persson (Fraktion Die Linke)

Die Fraktion Die Linke Bündnis Wedel hat in der Sitzung der Wedeler Ratsversammlung am 18. Dezember 2008 den Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 2009 abgelehnt.

Knut Persson begründete als finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion diese Ablehnung mit der Feststellung, es gebe in Wedel eine „soziale Schieflage“ der im Haushaltsplan nicht Rechnung getragen werde. Persson fragte: „Wedel ist fraglos eine wohlhabende Stadt, der Kämmerer ist mit Recht stolz darauf – ist sie aber auch eine sozial gerechte Stadt?“

Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dieser Etatrede:

„Die Linke ist in Wedel angetreten, um auf die soziale Schieflage hinzuweisen. Die Stadt ist sicherlich nicht Schuld an immer

soziale Wohnungsbau in Wedel zum Erliegen gekommen ist. Stattdessen wird in Schicki-Micki-Projekten in der so genannten Maritimen Meile für eine wohlhabende Schicht gebaut. Hier wird Geld bereitgestellt. Balkone werden an der Elbe gebaut. Die OECD hat Deutschland gewarnt vor Altersarmut. Wir müssen uns darauf vorbereiten. Wir werden Wohnraum brauchen für diese von Altersarmut bedrohte Bevölkerung. Wir vermissen hierzu Ideen und Projekte von Grün-Schwarz.

Am Elbhochufer gibt es Häuser mit starken Verfallstendenzen. Wir haben diese per Foto dokumentiert. Wir wollen für die dort wohnende Bevölkerung eine deutliche Verbesserung der Wohnsituation. Dafür muss Geld bereitgestellt werden.

Wir haben in den Ausschüssen auf die Verbesserung der Integration unserer Migranten gedrungen und eine halbe Stelle in der Verwaltung für diese wichtige Aufgabe gedrungen. ... Selbst der bescheidene Antrag von 30.000 Euro für vorbereitende Maßnahmen ist abgelehnt worden. Für diese wichtige soziale Aufgabe, eine Investition in die Zukunft, gibt es kein Geld. Wir würden uns wünschen, dass im nächsten Jahr auf diesem Gebiet deutliche Verbesserungen eintreten.

Der Antrag „Frauen helfen Frauen“ mit relativ geringen Beträgen wurde im Sozialausschuss abgelehnt. Wir bedauern das außerordentlich.

Das Skandalbad „Badebucht“ hat die Preise erhöht. Menschen mit geringem Einkommen können sich den Besuch der Badebucht nicht leisten. Auch Arbeitslose zahlen Steuern unter anderem in Form der Mehrwertsteuer. Der Haushalt der Stadt weist die Position „Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer“ auf. So kommt es zu der wahrhaft perversen Situation, dass Leute, die sich die Badebucht nicht leisten können, an der Finanzierung dieser Finanzruine beteiligt werden. Gleichwohl leistet sich die Stadt den Luxus, über 2 Millionen Euro (inzwischen 2,8 Mio. d.Red.) in das Spaßbad zuzuschießen. Leute, die sich das Spaßbad leisten können, werden somit auch noch subventioniert.

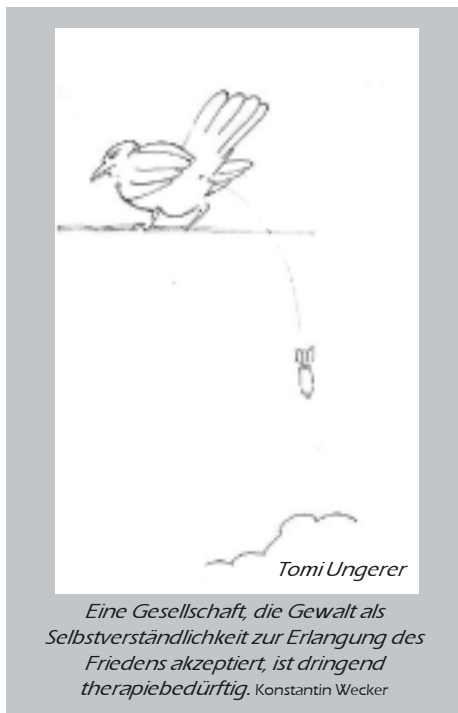
Im Haushalt werden 12.000 € mehr bereitgestellt für Ausschussmitglieder und Ratsherren. Thema: Aufwandsentschädigung. Damit kein Missverständ-

nis entsteht: wer hart arbeitet – und das tun die Ratsdamen und Ratsherren und die bürgerlichen Mitglieder allemal – soll auch gut bezahlt werden. Nur es muss gerecht zugehen und es darf nicht der Eindruck entstehen: Den Einen wird's genommen, um es u n s zu geben.“

Knut Persson kritisierte: „An Wedel Marketing werden 20.000 Euro mehr gegeben. Das Projekt „Regionalpark Wedeler Au/Panoramaweg erhält zusätzlich 112.000 Euro. Dagegen werden 900 Euro für „Lokales Bündnis für Familie in Wedel“ abgelehnt. Da ist man hart, beinhart. Da tritt dann im Sozialausschuss ein Mitglied von Schwarz-Grün mit der Bemerkung auf „Ebenso wenig, wie es ein Recht auf Baden gibt, gibt es auch ein Recht auf Kultur.“ Man könnte hinzufügen: ...“und auf Soziales“. Wir wollen, dass das anders wird.

Wedel plant mit „Schlödelskamp“ und „Maritime Meile“ zwei groß angelegte Immobilienprojekte. Gebaut wird hier für eine eher wohlhabende Schicht. Ein größeres soziales Projekt wird erst gar nicht angedacht oder wenn dann von vornherein klein gehalten.“

„Wir haben teilweise den Einzelplänen durchaus zustimmen können. So zum Beispiel im Ausschuss Bildung- Kultur-Sport“. Wir werden allerdings den gesamten Haushalt aus den oben genannten Gründen ablehnen.“



Eine Gesellschaft, die Gewalt als Selbstverständlichkeit zur Erlangung des Friedens akzeptiert, ist dringend therapiebedürftig. Konstantin Wecker

größerer Armut – auch in Wedel. Die Stadt kann und muss allerdings einiges tun, was durch Hartz – Gesetzgebung, gepaart mit der beginnenden Finanzkrise an sozialen Problemen auf uns zukommen wird. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet inzwischen mit vier Millionen Arbeitslosen gegen Ende des Jahres 2009. In Wirtschaftsprognosen wird mit bis zu drei Prozent Abschwung im Bruttoinlandsprodukt gerechnet. Wir müssen uns auf die Krise vorbereiten.

Wir haben schon früh bemängelt, dass der



Karikatur: Tomaschoff

ViSDP: G. Wilke
Hasenkamp 8
22880 Wedel - Tel 3486
Fotos: „die Meinung“-Red.
Karte: Hartmann-Plan